

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1911. Nr. 576.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Belegblätter für Halle und Querfurt 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Belegblätter Halle'scher Couriers (tägl. Belegblätter). Mit Unterhaltungsblatt (Sonntagsblatt), Sendungen, Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Einzelgebühren für die halbesbüchlige Belegblätter: deren Raum für Halle und den Couriers 20 Wtg., ansonst 30 Wtg., Bestellen am Schluß des redaktionellen Zeils bis 100 Wtg., Angekündigungen bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 1272. Verleger: Dr. Walter Schenckel in Halle a. S.

Freitag, 8. Dezember 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Kurflirt Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Wahlaufruf der Reichspartei.

Der Ausschluß des Wahlvereins der Reichspartei veranlaßt folgenden Wahlaufruf:

Die Wahlen zum deutschen Reichstag stehen bevor. Die deutsche Reichspartei faßt Ziel und Aufgaben ihrer Bestrebungen zusammen in dem Eintreten für ein nach außen starkes, nach innen kräftiges deutsches Reich.

Wir fordern deshalb eine zweck- und zielbewußte machtbolle nationale Politik nach innen und nach außen. Wir fordern gegenüber den oft fälschlichen Erfahrungen der letzten Jahre mit willkürlichen Auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck, welche für Deutschland die ihm gebührende Stellung im Rate der Völker und in der Weltpolitik erlangen hat.

Die deutsche Reichspartei steht in einer, allen Wohlwollenden gemächlichen starken Rüstung zu Lande und zu Wasser für die Voraussetzung der erfolgreichen Durchführung einer solchen Politik und zugleich die sicherste Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens. Wir treten deshalb ein für die Erreichung unseres Kolonialbestrebens und für die Schaffung von Lebensgebieten zum Nutzen unseres an Zahl stetig wachsenden deutschen Volkes.

Die Voraussetzung für die Kraftentfaltung nach außen wie für die Entwicklung der inneren Stärke sind gesunde Finanzverhältnisse, Bewahrung des Reichs vor Defizit- und Anleihepolitik, in die wir immer mehr zu verfallen drohen. Die durchzuführende Reichsfinanzreform war daher eine nationale Pflicht, so sehr wir auch das Zustandekommen der Reichsfinanzreform in anderer Weise gewünscht hätten. Zuerst und ausschließlich durch die Reichsfinanzreform ist die Möglichkeit geschaffen, die berechtigten Wünsche der Reichsbeamten auf Verbesserung ihrer Lage entsprechend den gestiegenen Lebensanforderungen zu erfüllen und den Damm des Vaterlandes für die Teilnehmer unserer glorreichen Kriege in verstärktem Maße zum Ausbruch zu bringen.

Nur die sichere und geordnete Entwicklung seines Erwerbslebens kann unserm Volke die Kraft geben, seine militärische innere Stärke zu tragen. Die Aufrechterhaltung der bewährten Politik gleichmäßigen Schutzes aller Zweige der heimischen schaffenden Arbeit, der Landwirtschaft wie der Industrie und des Gewerbes ist daher ein Gebot nationaler Selbsterhaltung.

Der Schutz der nationalen Arbeit hat unsern Arbeitern reiche Arbeitsgelegenheit und steigenden Arbeitslohn geschaffen und gesichert. Der Schutz der nationalen Arbeit war die Voraussetzung für den Ausbau der Arbeiterversicherung, die durch die Reichsversicherungsordnung, in der Kürzungen für die arbeitunfähigen Arbeiter und deren Hinterbliebenen durch Ausdehnung des Reiches der Beteiligten und Vermehrung der Leistungen in wünschenswerter Weise erweitert ist. Bei der Fortführung der sozialen Gesetzgebung, die wir erstreben, ist jede Überbürdung zu vermeiden, in vollstem Maße sind hier zu berücksichtigen die schon auf das äußerste angespannte Leistungsfähigkeit der selbständig Erwerbstätigen und die Lebensbedingungen unserer Volkswirtschaft gegenüber dem Weltbewerber des Auslandes.

Mit Genugthuung begrüßen wir es, daß aus der Arbeiterschaft heraus auf nationaler oder christlicher Grundlage eine Gegenbewegung gegen die Sozialdemokratie entstanden ist, deren Erfolge im Interesse des inneren Friedens und im Interesse der Arbeiter selbst bringen wünschenswert ist.

Durch die Feststellung des Privatbeamtenpersönlichkeitsgesetzes ist den Wünschen des angestellten Mittelstandes Rechnung getragen. Wir wünschen dem selbstständig erwerbenden Mittelstande in Stadt und Land, wachsendem dem immer um seine Existenz ringenden Handwerk und Kleinergewerbe, die kräftigsten Fürsorge des Reiches zu widmen. Neben der Erhaltung und Förderung des Bauernstandes ist auch der städtische Grundbesitz als ein wichtiger Bestandteil des Mittelstandes anzuerkennen und in seinen berechtigten Bestrebungen zu unterstützen.

Kaiser und Reich, Staats- und Rechtsordnung, Verfassung und bürgerliche Freiheit sind gleichmäßig bedroht durch sozialdemokratische Unterwerfung. Sozialdemokratischer Terrorismus greift in das freie Selbstbestimmungsrecht der Arbeitgeber und Arbeiter ein. Es ist Pflicht des Reiches, hiergegen mit allem Nachdruck Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Wir sind bereit, hierbei mitzuwirken. Zusammenstoß aller vaterländischen Parteien zur Bekämpfung des gemeinsamen Feindes ist auch für die bevorstehende Reichstagswahl die Parole der Reichspartei, keine direkte oder indirekte Unterstützung der Sozialdemokratie ist unsere Stichwortsparole.

Wie auch immer der bedeutsame Kampf zwischen den bürgerlichen Parteien sich weiter entwickelt, die Reichspartei

bleibt sich als selbständige Mittelpartei ihrer Aufgabe bewußt, die patriotischen Männer von rechts und links zur gemeinsamen Arbeit im Dienste des Vaterlandes zu bereinigen.

Wir treten in den Wahlkampf ein getreu unserer Vergangenheit mit dem Wapenspruch, dem wir immer folgten und den wir stets zu befolgen bereit sind: „Das Vaterland, nicht die Partei!“

Jungesellensteuer.

In der „Dtsch. Volksw. Corr.“ finden wir folgende Ausführungen: Kürzlich haben zwei der kleinsten deutschen Bundesstaaten zu dem mannhaften Entschluß sich aufgerafft, einen beträchtlichen Steuerzuschlag für unverheiratete Männer, welche das 20. Lebensjahr überschritten haben, zu beschließen. Darob vielfach Rosenkränze der Ueberflugen und leichte Weiseln der Loren. Die einen wie die andern wittern hinter der Ertraster auf unbewusste Männer die Absicht des Altvater Staat, auf die legitime Vermehrung der Bevölkerung mit unverfänglichen Mitteln einzuwirken, während aber die Vertreter des modernen Individualismus sich dagegen aufbäumen, daß der fiskalische Nimmerlart und der soldatenhungrige Militarismus jetzt ihre Rosen sogar in Kindererzeugung und Ehestand hineinsteken wollen.

In Wirklichkeit ist die „Jungesellensteuer“ weder ein unzulässiger Eingriff in freibehaltene Menschenrechte, noch ein Ehestandsgeldregulator; ihre Verhehmung ist wohl auch nur aus irrtümlichen antösig ercheinenden Namen herzuholen. Die richtige Stellungnahme zu dieser Steuer finden wir, sobald wir auf sie das Prinzip der Leistungsfähigkeit der einzelnen Steuerzahler je nach ihrem Familienstande anwenden.

Die beiden Lastaden stehen doch fest: einmal, daß Abneigung oder materielles Unvermögen viele, sehr viele Männer in geordneten Jahren das in unabweisbaren Lebensbedürfnisse wesentlich früher bei den Familienvätern als bei den Ledigen find. In den Lebensbedingungen der Städte, nur in den seltenen Ausnahmefällen einen Unterschied, ob die Lohn- und Gehaltsempfänger verheiratet sind oder nicht; ebenso wenig pflegen die Steuergelege die dem für die Steuerkraft außerordentlich wichtigen Moment erhebliche Bedeutung beizumessen. Es ist aber vom Standpunkt einer gerechten Verteilung der Steuerlasten sehr wohl anständig, die Jungesellen grundsätzlich höher zu besteuern als die Verheirateten; nicht etwa, weil sie für ihre Eheleben befristet werden sollen, sondern weil sie unter der Voraussetzung gleicher Gehaltshöhe für Steuerzwecke einen größeren Einnahmebetrag herzugeben imstande sind, ohne in ihrer sozialen Lebenshaltung im Vergleich zu den verheirateten Kollegen verürzt zu werden. Die Eigenhaft des Baegolozen ist hierbei nicht ausschlaggebend, sondern die Fähigkeit, einen erweiterten Steuertrakt ungefränkt entrichten zu können. Das Odium der Jungesellensteuer würde auch sofort schwinden, wenn die Auflage von der positiven nach der negativen Seite umgelegt werden würde, also statt der besonderen Auflage auf die Ledigen eine steuerliche Entlastung der Verheirateten plazierte.

In der preussischen Einkommensteuer ist der angeordnete Weg im sogenannten Kinderproben bereits beschritten. Es würde lediglich eine verfeinerte Steueranalyse bedeuten, wenn die Steuerprogression in derselben Richtung weiter ausgebaut werden würde. Warum soll bei der Steuerumlegung nicht allgemein berücksichtigt werden, daß die Unterhaltung eines eigenen Haushaltes Aufwendungen verursacht, von denen der Unverheiratete kaum etwas weiß? Dadurch würde ein sozialer Fortschritt angebahnt werden, in welchem auch wertvolle ethische Antriebe enthalten sind. Den Ledigen erwiese man einen Liebesdienst, wenn man ihnen durch die Steuererhebung immer wieder nahebrächte, daß die Gemeinshaft berechtigt ist, ihnen wenigstens ein größeres materielles Opfer aufzuerlegen, falls sie den Familienpflichten auszuweichen für vorteilhafter erachteten.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Dardanellenfrage.

Das Konstantinopeler Blatt „Sabab“, das seit kurzem von Said Nafisa inspiriert wird, will erfahren haben, daß der von Ausland getane Schritt nicht die Grenzen des gehürten Wunsches nach einem mündlichen Meinungsaustausch überschreite. Die russische Regierung habe erklärt, die Porte erleihe keinen Schaden, wenn Kriegsschiffe vom Schwarzen Meer nach dem Mitteländischen Meer und dem äusseren Osten durch die Meerengen führen. Ausland habe freie Durchfahrt nur im Friedenszeiten für die auf dem Meer des Schwarzen Meeres erkannten Schiffe verlangt. Die Ermächtigung zur Durchfahrt besähe sich jedesmal nur auf ein Schiff. Außerdem sei Ausland bereit, während der Durchfahrt jegliche Garantie zu leisten. Die Porte habe erwiderte, die Schließung der Dardanellen

höhere auf von allen Mächten unterzeichneten Verträgen. Die Forderung der Bestimmungen der Verträge verurteile Schwierigkeiten. Die Worte erachte den gegenwärtigen Augenblick als ungeeignet für solche Unterhandlungen. „Sabab“ glaubt, die Unterhandlungen gingen nicht weiter und würden bis zur Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten aufgehoben. — Einige Konstantinopeler Blätter veröffentlichten ein augenscheinlich von der russischen Hofschaff stammendes Dementi, in dem erklärt wird, die Hofschaff habe der Porte keinerlei Mitteilung über die freie Durchfahrt gemacht. — Mehrere Pariser Blätter behaupten dagegen, daß der dort eingetroffene russische Minister des Aeußern, Sazonow, mit dem russischen Hofschaff in Paris, Jzolski, und dem russischen Hofschaff in London, Grafen Wendendorff, wichtige Besprechungen über verschiedene aktuelle Fragen haben werde, insbesondere über die Frage der Dardanellen-Durchfahrt. Frankreich sei prinzipiell geneigt, die Forderung Russlands nach Erlangung der freien Durchfahrt durch die Dardanellen zu unterstützen.

Vom Kriegsschauplatz.

Aus Tripolis berichtet unter dem 7. Dezember die „Agenzia Stefani“: Generalen ist zum ersten Male den ganzen Tag über kein Feuer im Kampf auf der Befestigungslinie vor Tripolis beobachtet worden. General Perotti leit von Ain Zara mit, daß Erlaubungen durch Kavallerie und Vernehmungen von Eingeborenen bestätigen, daß der Wüsten des Feindes nach Süden in aller Acht fortgesetzt werde. Ein Bataillon Infanterie überließ ein großes Beduinenzlager und zündete es an. Nachdem die erste Eskadron ein großes Lager bei Ain Zara konstatieren hatte, entwarf General Perotti ein Bataillon Alpenjäger mit Gebirgsartillerie dorthin. Das Lager wurde erst unter Artilleriefeuer genommen und dann von dem Bataillon eingenommen und in Brand gesetzt. Kundschaftern zufolge waren die Verluste des Feindes am 4. Dezember sehr stark.

Die Luftflotte.

Die „Agenzia Stefani“ meldet: Da die italienischen Kriegsschiffe das rote Meer von feindlichen Schiffen gesäubert hätten, seien an der ganzen Küste von Erythraea die Luftflotte wieder angezogen worden.

Deutsches Reich.

* Wechselschluß und nicht Auflösung des Reichstages? Die Nordd. Allgem. Ztg. schreibt: In der Presse werden vielfach Erörterungen an den Umständen geknüpft, daß der Reichstag am 5. Dezember geschlossen und nicht aufgelöst worden ist, obgleich eine Auflösung im Hinblick auf die bevorstehenden Neuwahlen gleichgültig geblieben ist. Der Grund für dieses im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Reichstages gewählte Vorgehen liegt einfach darin, daß bei der großen Zahl wichtiger Gelege, die am letzten Sitzungstage des Reichstages noch zur Annahme gelangen, dem Präsidium Zeit gelassen werden mußte, die delegierten der Reichstages vorzunehmen und die sonstigen Geschäfte des Reichstages ordnungsmäßig abzuwickeln. Der Erlaß einer kaiserlichen Verordnung über die Auflösung des Reichstages und über den Zeitpunkt der Neuwahlen steht unmittelbar bevor.

* Der Bundesrat hat dem vom Reichstage angenommenen Entwurf eines Gesetzes betreffend den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffabtragsabgaben, den Vorlagen betreffend ein Abkommen über den Verkehr mit Brantwein in Ägypten und dem Großherzogtum Luxemburg, betreffend die Ausführungsbestimmungen zum Reichsengesetz, dem Entwurf einer Bekanntmachung betreffend das Verfahren vor dem Aufständischen für Privatversicherung im Falle des Paragraphen 1321 Abs. 3 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung und der Vorlage betreffend Festsetzung von Laagegeldern und Kufurkosten für nicht zu den unmittelbaren Reichsbeamten gehörige Personen die Zustimmung erteilt.

* Die neue Mitgliederliste des Abgeordnetenhauses. Wie mitgeteilt wird, weist die Mitgliederliste des Abgeordnetenhauses für die nächste Session eine ganze Reihe neuer Namen auf, die durch Neuwahlen bedingt worden sind. Am 26. Juli wurde für den nationalliberalen Abgeordneten Oberbürgermeister Dr. Haarmann (12. Altersjahr), der Abgeordnete Gruppe gewählt, der gleichfalls in der Nationalliberalen gehört. Am 28. Juli folgte die Ergänzung für den am 27. April gestorbenen Abgeordneten E. Schmid (5. Altersjahr). Durch die Wahl des Abgeordneten v. Saffel erhielt der Christlich dem Konserbativen erhalten. Die nächsten Abgeordneten fanden am 17. Oktober statt. An die Stelle des am 1. Juli gestorbenen Abgeordneten Weim (in 7. Rasse) trat der Abgeordnete Hill, wodurch die Nationalliberalen den Wahlsitz verloren. Der Abgeordnete Hill gehört keiner Partei an. Am gleichen Tage folgte im Wahlsitz 14. Rasse der Abgeordnete Behlendorf (12. Altersjahr) dem Abgeordneten J. u. g. h. an, der am 28. Juli verstorben war. Abgeordnete Jungmann war auch nationalliberal. Dieser Partei bezieht ihren Wahlsitz bei der am 26. Oktober erfolgten Ergänzung in 3. Womburg. Hier wurde für den Abgeordneten Birtl, Geh. Regierungsrat, vortragender Rat im Ministerium für Handel und Gewerbe, Aufseher der Agendone Dr. Rehn gewählt. Für den Geheimen Regierungsrat und Universitäts-

Professor Dr. Loh-Münster im Wahlkreis 3 Aachen wurde am 16. November der Abgeordnete Kleine (Freiwilliger) gewählt. Geheimrat Dr. Loh-Münster, der als Mitglied freiwahlbar war, hatte sich wegen seiner Entennung zum Oberverwaltungsgericht am 14. August niedergelegt. Am 20. November wurde der Candidat der Gesamtwahl aus Berlin, Dr. G. H. E. S., dessen Wahl für den Kreis 4 Breslau am 5. April für unzulässig erklärt wurde, wiedergewählt. Am 21. November folgte im Wahlkreis 5 Berlin (Zentrum) die Wahl des hiesigen Abgeordneten Dr. G. H. E. S. für den am 16. April verstorbenen Kaufmann Bornmann. Am 29. November endlich wurde für den am 31. Mai verstorbenen Geh. Justizrat Mitscherlich aus Berlin im Wahlkreis 4 der Abgeordnete David gewählt. Der Wahlkreis blieb dem Zentrum erhalten. Es wählten haben noch zu erfolgen in zwei Fällen, nämlich für den am 28. November verstorbenen Abgeordneten Hofmeister aus Gera im Wahlkreis 2 Berlin von der fortschrittlichen Volkspartei, und für den konfessionellen Abgeordneten v. Lili, der zum Oberregierungsrat ernannt worden ist. Die Niederlegung dieses Mandats ist formell allerdings noch nicht erfolgt. Für den Abgeordneten v. Lili ist von den Parteimitgliedern und dem Bund der Landwirte als Kandidat der Rittergutsbesitzer Mittelmeier v. Tempelhoff-Dombrowski aufgestellt worden. Diese Neuwahlen bilden die Ergänzung der letzten am 12. Juli 1911 abgeschlossenen Mitgliederliste des Hauses der Abgeordneten. Durch die Neuwahlen ist eine wesentliche Verschiebung der Parteiverhältnisse nicht eingetreten, da die Nationalliberalen nur einen Verlust von vier Sitzen zu verzeichnen haben.

* Wichtige Beschlüsse des Landeseisenbahnrats. Der Landeseisenbahnrat hat in der Sitzung vom 6. d. M. wie der „Reichsanzeiger“ schreibt, folgende wichtigeren Beschlüsse von allgemeinerem Interesse gefaßt: Zur Unterstützung der oberösterreichischen Eisenindustrie ist die Einführung ermäßigter Ausnahmestafeln für Eisen- und Stahlwerke von Eisen nach Oberösterreich und für Fertiger Eisen von Oberösterreich nach Ausnahmestafeln nach abwärts bestimmt worden. Den Beschlüssen der Eisen- und Stahlwerke von Ostpreußen nach Stationen über 500 Kilometer soll ein Streckenpaß von einem Pfennig für den Tonnenkilometer und eine Abfertigungsgebühr von 6 Pf. für 100 Kilometer, den Tarifen von den Oberösterreichischen Eisenwerken von einem Pfennig und einer Abfertigungsgebühr von 3 Pf. ausgenommen werden. Die Eisen- und Stahlwerke von Ostpreußen auf drei Jahre eingeführt werden. Die Tarifermäßigungen für Eisenwerk von den Eisenwerken sollen nur für die Beförderung in geschlossenen Zügen gelten. Den Vorschlägen der hiesigen Tarifkommission wegen Tarifsetzung von Gemischen und insbesondere Pulvermitteln, und in Angelegenheiten, sowie wegen der Ausnahmestafeln für Eisenwerke von Ostpreußen“ der Spezialtarif wurde beigetreten. Der von der hiesigen Tarifkommission ferner beschlossene Aufnahme von Eisenbetonwaren in den Spezialtarif 3 wurde mit der Einschränkung ausgeführt, daß Balken, Säulen, Träger, Mästen und Schwellen ausgeschlossen bleiben. Die Befreiungsfähigkeit über die Befreiung der Ausnahmestafeln für Eisenwerke von Ostpreußen nach Ostpreußen Ländern wurde verweigert. Die Geltung des Ausnahmestafels für ertrinktes Nadelholz von Ostpreußen nach Stationen über Berlin hinaus bis zur Elbe soll auf ein Jahr verlängert werden. Der vorgeschlagene Entwurf eines internationalen Übereinkommens für die Beförderung von Eisenwaren und Holzgeschloß wurde zur Durchführung empfohlen.

* Das Linienschiff „Kaiser Wilhelm II.“, das bekanntlich vor der Flensburger Bucht gesinkenen war, ist gestern abend wieder flott geworden.

* Der Wied. Legationsrat Dr. v. Jacobs, Referent für Südwestafrika im Reichscolonialamt, übernimmt die Direction der Deutschen Bevollmächtigten.

* Aber die Kräfte von Privatkrankenanstalten durch Naturheilmethoden hat das Oberverwaltungsgericht eine Entscheidung gefaßt, die für ärztliche Kreise von größter Bedeutung ist. Ein Bezirksausführer hatte erkannt, daß die Klage eines Naturheilfindungs auf Erteilung der Konzession zum Betrieb einer Privatkrankenanstalt abzuweisen sei. Der Bezirksausführer führte sich für diese Entscheidung auf § 30 des Heilgesetzbuchs an, wonach die Konzession für Privatkrankenanstalten verweigert werden kann, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Unternehmers in Bezug auf die Leitung der Verwaltung der Anstalt darthun. Diese Unzuverlässigkeit hat der Bezirksausführer in dem Umstand erblickt, daß der Kläger es bei dem Mangel an eigener arztwissenschaftlicher Ausbildung und Kenntnissen, die nötigen Garantien für die Anstalt zu geben seine Heilanstalt aufzugeben vor Beginn der Anwendung seiner Heilmethode durch einen Arzt zuzweck zuverlässiger Feststellung des wahren Charakters seines Lebens unterzucht und erst daraufhin zur Kur zugelassen wird. Nun hat allerdings das Oberverwaltungsgericht die obige Entscheidung auf den Gesichtspunkt gestellt, daß der Bezirksausführer, wenn er den Antrag des Klägers aus diesem Grunde abweisen wollte, zunächst feststellen mußte, ob der Kläger nicht bereit war, die notwendig erforderliche zureichende ärztliche Unterleitung der in seiner Anstalt aufzunehmenden Kranken selber zu stellen. Grundtätlich aber hat das Oberverwaltungsgericht die Auffassung der Verwaltungsbehörde, und hierin liegt die große Bedeutung der Entscheidung, Naturheilfindungen und allen Privatpersonen kann die Genehmigung zur Errichtung einer Heilanstalt verweigert werden, wenn sie nicht durch einen praktischen Arzt jeden in ihrer Heilanstalt aufzunehmenden vorher untersucht und untersucht werden, die nötigen Garantien für die Anstalt zu geben als völlig ausgeschlossen für einen Arzt, gemeinsam mit einem Naturheilfindungen zu wirken. Die Ärzte haben es daher vollkommen in der Hand, in jedem Fall, wo eine Heilanstalt durch einen Naturheilfindungen errichtet werden soll, ihre Mitwirkung zu verlangen und damit die Konzessionserteilung anzufachen zu machen. Die Auffassung des betreffenden Bezirksausführers, der sich das Oberverwaltungsgericht angeschlossen hat, steht übrigens nicht im Einklang mit der bisherigen Praxis in Bezug auf die Auslegung dieser Bestimmung der Heilgesetzbuchordnung. Denn bisher hat man als Fälle der Unzuverlässigkeit nur Verträge gegen die Stillschließung, Verens- und Schreibensunfunde, hienütigen Ansehens gegen polizeiliche Verfügungen und andere Umstände als Unzuverlässigkeit des Charakters angesehen.

* Die Landesversammlung in Württemberg. In Stuttgart am Donnerstag vormittag die außerordentliche Sitzung der 7. Württembergischen Landesversammlung durch den Kultusminister eröffnet. Er berät die Synode aus über die Abänderung des Gesetzes über die Zusammenlegung des evangelischen Kirchenregiments in Württemberg. Die Landesversammlung hat am 7. d. M. den Gesetzentwurf betreffend die Einführung einer Staatslotterie in Baden und damit den entsprechenden Staatsvertrag mit Preußen, Württemberg und Baden angenommen. Der Gesetzentwurf betreffend die Erhebung eines Zwangsigen Zuschlages zur Reichsversicherungssteuer wurde ebenfalls angenommen.

Ausland.

Das Marokkoverhandlungen und das französische Parlament.
Infolge der Notwendigkeit, die Beratung des Budgets zu beenden, wird die Beratung der französischen Kammer über das deutsch-französische Abkommen, mit dem man am

Montag, den 11. Dezember, zu beginnen gedächte, erst am drei oder vier Tage später stattfinden können. Die Parlamentssession wird wahrscheinlich geschlossen werden, ohne daß der Senat dazu kommt, über das Budget und das Abkommen abzumitteln. Der Senat wird sich mit diesen beiden Fragen erst nach der Wiedereröffnung befassen.

Die französisch-spanischen Marokkoverhandlungen und England.

Am englischen Unterhaus fragte in der Sitzung am 7. cr. der Abgeordnete Dillon (irischer Nationalist) Sir Edward Grey, ob Großbritannien erlucht worden sei, Frankreich in seinen Verhandlungen mit Spanien zu unterstützen, die den Zweck hätten, Spanien zum Aufgeben aller Rechte in Marokko zu bewegen, die ihm durch den geheimen Vertrag von 1904 oder irgend einem anderen Vertrag mit Großbritannien garantiert worden seien, und wenn dies der Fall sei, was Großbritannien auf das Gebieten geantwortet habe. Grey erklärte: Ich kann über gegenwärtige oder künftige Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien keine bestimmte Erklärungen abgeben. Welchen Teil auch Großbritannien an ihnen nehmen mag, die britische Regierung wird stets gebührende Rücksicht auf das Abkommen von 1904 nehmen, an dem alle drei Länder beteiligt sind.

Nach einer später einlaufenden Meldung der „Agence Havas“ aus Madrid wird nach Erklärungen des Ministerpräsidenten Canalejas der englische Botschafter in der Unterhandlungen beimohnen, die zwischen dem französischen Botschafter und dem spanischen Minister des Auswärtigen stattfinden werden.

Stafonow in Paris.

Stafonow gab gestern an Ehren des russischen Ministers des Neuherrn Stafonow ein Frühstück, zu dem auch Gailoux, de Selbes und der russische Botschafter Anskoff eingeladen erhalten hatten. Später empfing Ministerpräsident Gailoux den russischen Minister des Neuherrn, auch Minister des Neuherrn de Selbes empfing Stafonow und hatte mit ihm eine lange Unterredung. Wenig später gab Selbes an Ehren Stafonows ein Dinner, an dem die Mitglieder des diplomatischen Corps teilnahmen. — Stafonow ist das Großkreuz der Ehrenlegion verliehen worden.

Perfien.

Das Pariser Blatt, „Siecle“ veröffentlicht eine aus Kalkutta vom 7. d. M. datierte Depesche, in der der Präsident des Vereins zur Verteidigung Perfiens im Namen von fünfzigtausend in Indien wohnenden Perfiern sich gegen das Vorhaben Rußlands in Perfiern Einbruch zu erlauben und den Verlust der Großstadt am Schutze der Integrität und der Bevölkerung Perfiens anruft.

Im englischen Oberhaus fragte Lord Curzon in der Sitzung am 7. cr., welche Politik Großbritannien in Perfiern verfolge. Er habe eine Anfrage gegen die Regierung zu erheben, aber er wüßte auf die Möglichkeit gewisser Entwicklungen der gegenwärtigen Lage hinzuweisen, die, wenn man sich nicht gegen sie stellt, für Perfiern kein Glück sein würde, außer geistlich sein würde. Er fürchte die Unabhängigkeit Perfiens könne verloren gehen, während man darüber debattiere, auf welche Weise sie am besten aufrechterhalten werde. Das alte Ilkhatum Rußlands ist überfällig gewesen. Die britische Regierung könne ihre Hände von der Verantwortung für das Ilkhatum nicht ziehen lassen. Es sei ihr vor keine Abwendung gesagt worden und sie habe darauf der Ansicht Ausdruck gegeben, daß sie gegen gewisse in ihm enthaltene Forderungen keine Einmischung erheben könne. Dadurch, daß sie die Antwort gegeben habe, habe sie eine gemeinsame Verantwortlichkeit für das Ilkhatum übernommen. Die Situation sei der Präsident, den Großbritannien unterstützen solle, nicht lediglich die Stabilität europäischer Verbindnisse, sondern das Wohl von Perfiern selber. — Viscount Morley sagte, das Ziel der russischen Regierung sei, normale dauerhafte Beziehungen mit der perfienschen Regierung zu schaffen und alle Elemente der Zwietracht aus dem Wege zu räumen. In dieser Hinsicht wolle Rußland Perfiern weitere Vorrechte machen. Lord Curzon unterbrach den Redner mit der Frage, ob diese Erklärung von der russischen Regierung sei. Morley antwortete: „Das ist nicht ganz genau der Fall, aber es ist eine Verpflichtung, welche die russische Regierung übernimmt. Dies ist nicht der genaue Wortlaut der Mitteilung der russischen Regierung, aber beinahe der Wortlaut. Die russische Regierung hat kein Ziel im Auge, das die Integrität Perfiens verletzen würde. Sie versichert uns kategorisch und wünscht es festgehalten zu sehen, daß die militärischen Maßnahmen, welche sie auf perfienschen Gebiet ergreifen hat, rein provisorischer Natur sind und daß sie nicht die Absicht hat, die Prinzipien der englisch-russischen Konvention zu verletzen.“

Aus China.

Wie aus Peking gemeldet wird, ist die Frage der Annahme des Kalenders der Ausländer dem Kabinet unterbreitet worden, das darüber beraten wird, wie die Reform durchzuführen ist. Sibiriß hat die Vormundschaft über den Kaiser angenommen, die ihm zugleich mit Stillhaltung angeboten wurde; der letztere hat es abgelehnt, diese Ernennung anzunehmen, aber der Thron hat sich gewiebert. Durch ein gestern erdieneses Dikt wird das Abschneiden der Zöpfe gestattet.

* Im englischen Unterhaus kündigte der Premierminister Asquith an, daß die Debatte über die auswärtige Politik am 14. d. Mts. wieder aufgenommen werden sollte. Wie das Pariser Bureau schreibt, werden die russisch-französischen und die russisch-englischen Hauptgespräche der Debatte bilden.

Der Kreisstag des Saalkreises

trat unter dem Vorstehe des Herrn Landrats v. Krosigk am 6. Dezember zu einer Sitzung zusammen. Aus den Verhandlungsgegenständen ist folgendes hervorzuheben: Die Rechnungen der Sparkasse des Saalkreises für das Jahr 1910 und der Kreiscommunalkasse für das Rechnungsjahr 1910 wurden abgenommen und den betreffenden Rendanten Entlastung erteilt. — Ueber eine in der Zulammenlegungssache von Sennewitz notwendig gewordene Veränderung der Kreisgrenze und über die wirtschaftliche Zulammenlegung des sogenannten Busches bei Dohls wurde ein Gutachten abgegeben. — Die Unterhaltung und Vermehrung der im Gemeindegelände Perfiens belagerten Städte der Wietleben-Saig-

münder Kreischauffee wurde gegen eine vom Kreise zu zahlende Wente an die Gemeinde Wietleben übertragen. — Es wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Die Herren Kammerherr v. Hilow-Dieskau, Deconomier, Rat Besche-Mannich und Landrat v. Krosigk zu Wietleben des Provinziallandtags, Rittergutsbesitzer Dr. Reubaur-Krosigk zum Kreisdeputierten, Kammerherr v. Hilow-Dieskau und Deconomier Rat Besche-Mannich zu Mitgliedern des Kreisassessorates, Amtsvorsteher Sickeri-Treibitz a. Petersberg, Danaufigewerksbesitzer Gültig-Können und Amtsvorsteher Senze-Dolan zu Mitgliedern der Einkommens- und Vermögenskommission, auch wurden noch Ertragsausgaben für verschiedene Kreiscommissionen vorgenommen. — Überhalb der Tagesordnung wurde beschlossen, Projekte für eine normalburige Kleinbahn Könnig-Könnig-Rotzenburg, sowie für eine elektrische Straßenbahn von Halle nach Wietleben und Reideburg ausarbeiten zu lassen. Schließlich beschloß der Kreisstag, der Beschaffung eines Kreisautomobils näher zu treten. Der Kreisassessor wurde beauftragt, dem nächsten Kreisstage hierüber nähere Vorschläge zu machen.

Provinz Sachsen und Umgebung.

— Torgau, 7. Dezember. (Die beste Schießleistung.) Dem Wieselbenedikt Krieche von der 4. Kompanie des 4. Thür. Infanterieregiments Nr. 72 wurde die vom Kaiser gefeierte goldene Uhr für die beste Schießleistung in 4. Klasse für 4. Klasse verliehen.

— Güntersberge, 7. Dez. (Bürgermeister Saring.) Am 4. cr. starb hier unser verehrter und beliebter Bürgermeister Karl Saring. Der Verlebene war hier als Bürgermeister seit 1895 tätig; er hat sich in seinen Vertreten als Bürgermeister, Kreisassessor, langjähriger Vorsitzender des Paragrafen- und Mannheimer Vereins hervorgetan.

— Dessau, 7. Dezember. (Regimentsappell.) Der am Sonntag in der Zentralhalle hier abgehaltene Appell der ehemaligen Angehörigen der 4. Kompanie des Anhaltischen Regiments war von weit über 300 Kameraden aus allen Teilen Anhalts und weit darüber hinaus besucht und verlief in großartiger und würdevoller Weise. Die zweite Kompanie hielt ihren diesjährigen Appell im Hotel Weicher Schwann ab. Der Appell verlief ebenfalls in echt kameradschaftlicher Weise.

— Nofka, 7. Dezember. (Die hiesige Buderfabrik.) Beendet die diesjährige Kampagne am 30. November. Es wurden 223 000 Zentner Röhren verarbeitet gegen 517 000 Zentner im Vorjahr. Als erste Röhrenabfertigung ist Marf für den Zentner bezogen.

— Jemna, 7. Dezember. (Aus dem Gemeinderate.) In der letzten Sitzung gab Bürgermeister Franz zunächst bekannt, daß für die Wite zur Eintragung von Beschlüssen auf Besondere Mittel nur vier Meldungen über insgesamt 7 Zentner Kartoffeln eingegangen seien, während hiesige Beschlüsse nicht verlangt wurden. — Die Platzierung der Ortentrafik soll nach Regelung der Reichsanlagegelegenheit unter Verwendung der übrigbleibenden Darlehensgelder ausgeführt werden. — In der sich anschließenden Stadtvorordnetenitzung wurden der Vorberer Bau und dessen Selbstvertehrer Körner wiedergewählt.

— Wittenberg, 7. Dezember. (Wieschlagung.) Bei der am 1. d. Mts. stattgehabten Wieschlagung wurden 256 (im vorigen Jahre 244) Gehölze gefällt, von denen 153 (165) Wieschlagungen hatten, wobei hiesige Haushaltungen waren 204 (210) vorhanden, Pflanze 57 (56), Hinder 103 (112) und Schmeide 409 (394).

— Blankenburg a. S., 7. Dezember. (Die schwarze Hand — ein toller Kellermord.) In unserer Stadt und in anderen Orten verhalten sich Personen, welche Stände, hauptsächlich Frauen, durch die Hof, schwarz, umranderte Briefe aus Post aufgestellt, in denen die Worte stehen: „Die schwarze Hand kann Sie gefährden. Interessieren Sie sich daher für den ebenbürtigen Gegner.“ Durch diese Briefe wurde große Verwirrung hervorgerufen, und viele wandten sich an die Postämter um Schutz. Grundtätlich sind dem aber keine Fälle nach dem Eintreffen der Briefe ein gedrucktes Briefchen an das die betreffende Heberchrift. „Die schwarze Hand“ trug, der in kleinerer Schrift ein längerer Text folgt. Darin hießte sich die Gefährdung als eine lästige Beklammung für ein Desinfektionsmittel heraus.

Aus Sachsen und Fern.

Das englische Königinpaar in Delhi. Der König und die Königin sind in Delhi eingetroffen und feierlich empfangen. Am Bahnhof waren der Bischof, die Gouverneure der Provinzen und zahlreiche angelegene Persönlichkeiten erschienen. Der König und die Königin begaben sich zu Fuß zum Fort, wo sie die regierenden Fürsten empfingen. Darauf folgte der Zug durch die Stadt zum Fort. Der König in Perfiern hat sich in einem sehr spannigen Wagnis. Die prächtig gekleideten Sitzwagen waren von einer begeisterten Menge besetzt. Weisse und eingeborene Truppen bildeten Spalier und gaben Freundschaftshilfe ab.

Die Witter der Infantin Eulalia. Das Blatt „Imparcial“ veröffentlicht einen Brief, den ein Pariser Korrespondent dem der Infantin Eulalia erhalten zu haben behauptet. Die Infantin erklärt sich darin bereit, das Haupt vor dem König zu beugen, und bittet diesen demütig um Verzeihung für das, was sie in einem Augenblick der Verzerrung getan habe. Sie drückt ihren Wunsch aus, ihr Leben für den König zu opfern, wenn die Versicherung ihrer Liebe zu dem König, der Königin Christine und zu Spanien. — Nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Madrid bestätigt es sich, daß die Infantin Eulalia an den König einen Brief geschrieben hat, dessen Inhalt ungefähr dem vom „Imparcial“ veröffentlichten Brief entspricht. Eine in Perfiern eingetroffene amtliche Madrid-er Meldung besagt: Die zwischen dem König Alfons und der Infantin Eulalia gewechselten Telegramme lauten in wörtlicher Uebersetzung: „Ich bin überzeugt durch die Zeitungsnachricht, daß Du unter dem Pseudonym einer Gräfin von Avila ein Buch veröffentlicht hast, das man nach anderen Nachrichten vermutet, daß es Entsetzliches erzeugt wird. Ich wünsche, daß Du es suspendierst, bis ich seine Sinne und Dich dazu aufzwickere. Alfons.“ Hierauf antwortete die Infantin unter dem 3. Dezember: „Ich bin erkrankt, daß Du über ein Buch urethem, ohne es zu kennen. Beim Empfang Deines telegraphischen Befehls habe ich die Verbemohlung, Eulalia.“ Das an den König gerichtete Telegramm, welches der Kaiser in Perfiern in einer Nummer vom 3. Dezember (4. Dezember) veröffentlichte, wurde in Paris am 5. um 11 Uhr vormittags aufgegeben und in Madrid mittags empfangen, also nach dem hier der Text des an demselben Morgen eingetroffenen Blattes schon vier Stunden bekannt war.

Ein neuer Rekord der brasilianischen Telegraphie. Die Verbindung America-Brazil erhielt von dem Capitän Ives Damferris (Corado) die Mitteilung, daß das Schiff auf der Reife von Hamburg nach Sabana nach 13 Tage nach der Abfahrt brasilische Nachrichten von der Station Norddeich auf einer Entfernung von annähernd 2400 Seemeilen in der Zukunft erhalten hat. Die Leistung dürfte einen neuen Rekord der brasilianischen Telegraphie darstellen.

Die Aktien in der Deutschen Reichsbank... Berliner Börse, 1. Dez. 1911

Berliner Börse, 1. Dez. 1911

Amst. 183,60; Br. 170,00; L. 160,00; S. 160,00; W. 170,00; N. 170,00; P. 170,00; R. 170,00; G. 170,00; H. 170,00; K. 170,00; J. 170,00; I. 170,00; O. 170,00; Q. 170,00; U. 170,00; V. 170,00; W. 170,00; X. 170,00; Y. 170,00; Z. 170,00

Beilagen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften... Von den Obligationen der industriellen Gasgesellschaften...

Table with multiple columns listing various stocks and bonds, including titles like 'Papier', 'Bank', 'Industrie', and 'Geldmarkt'.

Table with multiple columns listing various stocks and bonds, including titles like 'Bank', 'Industrie', 'Geldmarkt', and 'Kurszettel'.

Table with multiple columns listing various stocks and bonds, including titles like 'Bank', 'Industrie', 'Geldmarkt', and 'Kurszettel'.